



# BERATUNGSUNTERLAGE

zu TOP 7:

## Ortsrecht der Gemeinde Weisenbach

⇒ **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)**


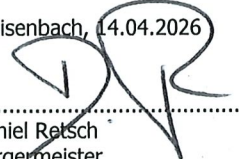
### a) SACHVERHALT

Am 12. Dezember 2024 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) neu gefasst. Diese Satzung gibt der Verwaltung die Berechtigung Gebühren für das Handeln in der Verwaltung zu erheben. Bei dieser Neufassung wurden die hierbei anfallenden Kosten für die öffentlichen Leistungen bereits der Rechtsprechung angepasst und neu kalkuliert. Bei dieser Kalkulation wurden Zeiteinheiten zugrunde gelegt.

Durch Rechtsänderungen muss die Verwaltungsgebührensatzung bei Bedarf immer angepasst und fortgeführt werden. Mit Änderung des Landsgaststättengesetzes Baden-Württemberg zum 01.01.2026 ist nun lediglich die Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung anzupassen. Die Kalkulation der Gebühr bleibt gleich, da die Änderung leider nicht zur Vereinfachung geführt hat. Da es im Gebührenverzeichnis den Gebührentatbestand der „Anzeige der Veranstaltungsgastronomie“ noch nicht gab, hat man sich währenddessen als Grundlage der Gebührenerhebung auf den bis 31.12.2025 gültigen Gebührentatbestand der „Gestattung“ als so genannten „Auffangtagbestand“ berufen.

Da die ursprüngliche Satzung an sich noch mit der Mustersatzung des Gemeindetages übereinstimmt, muss diese selbst nicht geändert werden. Daher soll lediglich die Anlage, das Gebührenverzeichnis, angepasst werden.

Als Anlage 1 dieser Beratungsunterlage liegt die komplette Verwaltungsgebührensatzung bei, wie sie vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Die Änderung, die sich rein auf die Ziffer 16.7 des „Gaststättenrechts“ bezieht ist rot markiert.

|  |   |   |
|--|---|---|
| Aufgestellt:<br>Weisenbach, 14.04.2026<br><br>.....<br>Manuela Frorath<br>Leitung Bürger- und<br>Ordnungsverwaltung | Sichtvermerk:<br>Weisenbach, 14.04.2026<br><br>.....<br>Daniel Retsch<br>Bürgermeister | Ausschuss genehmigt - abgelehnt<br>am .....<br>Gemeinderat genehmigt- abgelehnt<br>am ..... |
|--|---|---|

b) BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Gemeinderat stimmt der Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebühren (Anlage 1) zu. Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung am 1. Mai 2026 in Kraft. Die Gemeindeverwaltung wird mit der weiteren Umsetzung beauftragt.

**Anlagen**

Anlage 1 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) mit Gebührenverzeichnis

**SATZUNG ZUR ÄNDERUNG DER  
SATZUNG  
ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN  
FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN**

**(VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG)**

**VOM 19. November 2020**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Weisenbach am 19. November 2020 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Gebührenpflicht**

Die Gemeinde Weisenbach erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas Anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

**§ 2**

**Gebührenfreiheit**

(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:

- a) Gnadensachen,
- b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
- c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
- d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
- e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas Anderes bestimmt ist,

- g) Verfahren, die von der Gemeinde Weisenbach ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.
- (2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit:
- a) das Land Baden-Württemberg,
  - b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
  - c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

- (3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

### **§ 3**

#### **Gebührensuldner**

- (1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet,
- 1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
  - 2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde Weisenbach gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
  - 3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

### **§ 4**

#### **Gebührenhöhe**

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 5 Euro bis 5.000 Euro zu erheben.

- (2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 5 Euro, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Zuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.
- (5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 5 Euro. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

## **§ 5**

### **Entstehung der Gebühr**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

## **§ 6 Fälligkeit, Zahlung**

- (1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde Weisenbach kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

## **§ 7 Auslagen**

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde Weisenbach erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.
- (2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere
  - a) Gebühren für Telekommunikation
  - b) Reisekosten
  - c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen
  - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung
  - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen
  - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- (3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

**§ 8**  
**Schlussvorschriften**

- (1) Diese Satzung tritt am 01. Mai 2026 in Kraft.
- (2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 12. Dezember 2024 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Weisenbach,

Daniel Retsch  
Bürgermeister

## Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

## Gebührenverzeichnis

| Lfd. Nr. | Amtshandlung  | Gebühr in €        |
|----------|---|--------------------|
| 1.       | <b>Allgemeine Verwaltungsgebühr</b><br>(§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)  | 15,00 Euro je ZE   |
| 2.       | <b>Anträge</b>  |                    |
| 2.1      | Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist  | 15,00 Euro je ZE   |
| 2.2      | Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung): bei Unzuständigkeit gebührenfrei  | 15,00 Euro je ZE   |
| 2.3      | Zurücknahme eines Antrags:  | 15,00 Euro je ZE   |
| 3.       | <b>Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche</b><br>(mündliche Auskünfte sind gebührenfrei)   | 15,00 Euro je ZE   |
| 4.       | <b>Befreiung</b><br>(Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen:   | 15,00 Euro je ZE   |
| 5.       | <b>Beglaubigungen, Bestätigungen</b>  |                    |
| 5.1      | Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln: Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Unterschrift erhobenen Gebühr zum Ansatz | 15,00 Euro je Fall |

|     |  |                    |
|-----|--|--------------------|
| 5.2 | Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite:   | 10,00 Euro je Fall |
| 5.3 | Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite:   | 10,00 Euro je Fall |
| 5.4 | Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 9) hinzu.   |                    |
| 6.  | <b>Bescheinigungen</b>   |                    |
| 6.1 | Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)  | 15,00 Euro je ZE   |
| 6.2 | Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftssteuerrechts (z.B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen) |                    |
| 7.  | <b>Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen</b> , Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist:   | 15,00 Euro je ZE   |
| 8.  | <b>Rechtsbehelfe</b><br>(Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, usw.)   |                    |
| 8.1 | wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat   | 15,00 Euro je ZE   |
| 8.2 | bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)  | 15,00 Euro je ZE   |

|       |   |                     |
|-------|---|---------------------|
| 9.    | <b>Schreibgebühren</b>  |                     |
| 9.1   | Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet) |                     |
| 9.1.1 | für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind  | 15,00 Euro / ZE     |
| 9.1.2 | für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind  | 15,00 Euro / ZE     |
| 9.1.3 | Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde  | 15,00 Euro / ZE     |
| 9.2   | Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Kopierer/Drucker erstellte Mehrstücke werden erhoben  |                     |
| 9.2.1 | bei einem Format bis zu DIN A4 für die erste Seite  | 1,50 Euro           |
|       | für jede weitere Seite  | 0,50 Euro           |
| 9.2.2 | bei einem Format bis zu DIN A3 für die erste Seite  | 2,00 Euro           |
|       | für jede weitere Seite  | 1,00 Euro           |
| 10.   | <b>Baugesetzbuch</b>  |                     |
| 10.1  | <b>Vorkaufsrechte</b>   |                     |
|       | Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 Baugesetzbuch  | 15,00 Euro je ZE    |
| 10.2  | Prüfung nach § 29 Abs. 6 Wassergesetz   | 15,00 Euro je ZE    |
| 11.   | <b>Bauordnungsrecht</b>   |                     |
| 11.1  | Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnissgabeverfahren (§ 53 Abs. 5 Nr. 1 LBO)   | 100,00 Euro je Fall |
| 11.2  | Mitteilung nach § 53 Abs. 6 LBO   | 30,00 Euro je Fall  |
| 11.3  | Benachrichtigung der Angrenzer und Nachbarn (§ 55 LBO) – je Angrenzer   | 10,00 Euro          |

|        |   |                    |
|--------|---|--------------------|
| 12.    | <b>Bestattungsrecht</b>   |                    |
|        | Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)  | 20,00 Euro je Fall |
| 13.    | <b>Feiertagsrecht</b>   |                    |
| 13.1   | Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§ 7 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 Feiertagesgesetz)                  | 15,00 Euro je Fall |
| 13.2   | Befreiung von Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagesgesetz)   | 15,00 Euro je Fall |
| 13.2.1 | Pro Tag an dem Tanzveranstaltungen von 03.00 Uhr bis 24.00 Uhr verboten sind  | 15,00 Euro je Fall |
| 13.2.2 | Pro Tag an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind   | 15,00 Euro je Fall |
| 14.    | <b>Fischereischeine</b>   |                    |
| 14.1   | Erteilung von Fischereischeinen einschließlich Ersatzfischereischeinen (§§ 31, 32 FischG)   |                    |
| 14.1.1 | Jahresfischereischein   | 20,00 Euro         |
| 14.1.2 | Fischereischein auf Lebenszeit  | 20,00 Euro         |
| 14.1.3 | Jugendfischereischein   | 7,00 Euro          |
| 14.2   | Einziehung der Fischereiabgabe (§§ 35, 36 FischG) bei Fischereischeinen auf Lebenszeit (die erstmalige Einziehung ist gebührenfrei) | 20,00 Euro         |
| 15.    | <b>Fundsachen</b>   |                    |
|        | Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder   | 10,00 Euro je Fall |
|        | Bei einem Wert unter 50 Euro  | Gebührenfrei       |
| 16.    | <b>Gewerbesachen</b>  |                    |
| 16.1   | Entgegennahme einer Gewerbeanmeldung  | 30,00 Euro         |
| 16.2   | Entgegennahme einer Gewerbeummeldung  | 20,00 Euro         |
| 16.3   | Entgegennahme einer Gewerbeabmeldung  | 20,00 Euro         |
| 16.4   | Erteilung von Auskünften aus der Gewerbekartei  | 7,00 Euro          |
| 16.5   | Spiele  |                    |
| 16.5.1 | Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)   | 30,00 Euro         |
| 16.6   | Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 GewO)   | 30,00 Euro         |
| 16.7   | <b>Gaststättenrecht</b>   |                    |
| 16.7.1 | Anzeige eines vorübergehenden Gaststättengewerbes gemäß § 2 Abs. 2 LGastG je Tag  | 20,00 Euro         |

|        |  |            |
|--------|--|------------|
| 17.    | <b>Geschäftsstelle des Gutachterausschusses</b>  |            |
| 17.1   | Auskunft aus der Kaufpreissammlung   | 15,00 Euro |
| 17.2   | Auskunft über Bodenrichtwerte  | 15,00 Euro |
|        | Mündliche Auskünfte sind gebührenfrei  |            |
| 18.    | <b>Amtshandlungen im Kirchengaustrittsverfahren</b><br>Je Person:  | 30,00 Euro |
| 19.    | <b>Melderecht</b>  |            |
| 19.1   | Auskünfte aus dem Melderegister  |            |
| 19.1.1 | einfache Auskunft (§§ 44 BMG, 18 Abs. 1 Satz 2 BMG)  | 7,00 Euro  |
| 19.1.2 | erweiterte Auskunft (§§ 45 BMG, 18 Abs. 2 BMG)   | 14,00 Euro |
| 19.1.3 | Gruppenauskunft (§§ 46,50 Abs. 1,2 und 3 BMG)  | 30,00 Euro |
| 19.2   | Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung (§ 10 Abs. 4 KomWG)  | 7,00 Euro  |
| 19.3   | Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde  |            |
| 19.3.1 | Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung (werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte) | 7,00 Euro  |
| 19.4   | Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde   | 14,00 Euro |
| 19.5   | <b>Gebührenfrei</b> sind insbesondere  |            |
| 19.5.1 | die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung (§ 24 Abs. 2 BMG)  |            |
| 19.5.2 | die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG)   |            |
| 19.5.3 | die Berichtigung und Ergänzung des Melderegisters (§§ 12 und 6 Abs. 1 Satz 1 BMG)  |            |
| 19.5.4 | die Löschung von Daten und Hinweisen (§§ 14 und 15 BMG)  |            |
| 19.5.5 | die Unterrichtung des Betroffenen über die zu seiner Person erteilten erweiterten Melderegisterauskünfte (§ 45 Abs. 2 BMG)   |            |
| 19.5.6 | die Einrichtung von Übermittlungssperren nach § 36 Abs. 2, § 42 Abs. 3 Satz 2 und § 50 Abs. 5 BMG) sowie von Auskunftssperren nach § 51 BMG und bedingten Sperrvermerken nach § 52 BMG                       |            |
| 19.5.7 | die Abgabe von Erklärungen nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG   |            |

|         |   |                  |
|---------|---|------------------|
| 19.5.8  | Datenübermittlungen und Auskünfte zwischen den Meldebehörden nach § 33 BMG  |                  |
| 19.5.9  | Datenübermittlungen und Auskünfte an andere öffentliche Stellen im Inland nach § 34 BMG   |                  |
| 19.5.10 | die Auskunft an den Wohnungsgeber nach § 50 Abs. 4 BMG  |                  |
| 20.     | <b>Straßenrechtliche Sondernutzung</b><br>Erteilung einer Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus   | 30,00 Euro       |
| 21.     | <b>Plakatierung</b>   |                  |
| 21.1    | Auswärtige Veranstalter   | 20,00 Euro       |
| 21.2    | Ortsansässige Vereine und Veranstalter  | gebührenfrei     |
| 21.3    | Parteien für Wahlkampfkampagne  | gebührenfrei     |
| 22.     | <b>Umweltinformationen</b><br>Zurverfügungstellung von Umweltinformationen (einschließlich Vorbereitungsarbeiten) durch schriftliche Auskünfte oder auf sonstigem Wege bei  |                  |
| 22.1    | bis 30 Minuten Bearbeitungszeit   | gebührenfrei     |
| 22.2    | ab 30 Minuten Bearbeitungszeit  | 15,00 je ZE      |
| 22.3    | Zur Verfügung stellen von Informationen in sonstiger Weise z. B. Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. Werden diese von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen ggf. die Schreibgebühren (Nr. 9) oder anderen Auslagen hinzu |                  |
| 23.     | <b>Landesinformationsfreiheitsgesetz LIFG</b><br>Zur Verfügung stellen von Informationen (einschließlich Vorbereitungsarbeiten) durch schriftliche Auskünfte oder auf sonstigem Wege bei  |                  |
| 23.1    | bis 30 Minuten Bearbeitungszeit   | gebührenfrei     |
| 23.2    | ab 30 Minuten   | 15,00 Euro je ZE |
| 23.3    | Zur Verfügung stellen von Informationen in sonstiger Weise z. B. Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. Werden diese von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen ggf. die Schreibgebühren (Nr. 9) oder andere Auslagen hinzu  |                  |

|      |  |                  |
|------|--|------------------|
| 24.  | <b>Standesamt</b><br>Gebührenpflichtige Tatbestände § 7 Abs. 2 Satz 2 Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetz |                  |
| 24.1 | Eheschließungen unter freiem Himmel  | 90,00 Euro       |
| 24.2 | Eheschließungen in sonstigen Einrichtungen (außerhalb des Standesamts)   | 55,00 Euro       |
| 24.3 | Abschriften / Beglaubigungen aus den Personenstandsbüchern, die dem Archivrecht zugeordnet sind                      | 10,00 Euro       |
| 24.4 | Heraussuchen von Einträgen aus dem Archivrecht je nach Zeitaufwand (Ahnenforschung)                                  | 15,00 Euro je ZE |
| 25   | <b>Feuerschutz</b>   |                  |
| 25.1 | Verwaltungsgebühr für die Festsetzung des Kostenersatzes für Feuerwehreinsätze                                       | 15,00 Euro je ZE |
|      | ZE = Zeiteinheit = 15 Minuten  |                  |